

Zeitschrift: Der neue schweizerische Republikaner
Herausgeber: Escher; Usteri
Band: 3 (1800-1801)

Artikel: David Vogel, Architekt, an die Vollziehungs- und Gesetzgebungs-Räthe der helvetischen Republik [Schluss]
Autor: Vogel, David
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-542711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

aus Frrung nur für 1800 Fr. geschätzt, aber von 645 Fr. Ertrag; mag veräußert werden, wenn der Erlös gut ist.

Im Distrikt Obersimenthal.

Schloßgüter. Wintenschenthäusli nebst Garten, für 750 Fr. geschätzt.

Baumgarten, 1/4 Fuch. Mattland, für 150 Fr. gesch. und mit obigem von 175 Fr. Ertrag.

Stadelmätteli, 1 5/8 Fuch. Mattland, für 650 Fr. gesch. und von 32 Fr. Ertrag.

Schlegelholzmoos, 1 Scheune und 10 Fuch. Mattland, an der Simme, mit Schwelle und Straßsenunterhalt beladen, für 400 Fr. geschätzt und von 32 Fr. Ertrag.

Wolfrey, 1 Scheune und 3 3/4 Fuch. Wiesen, ebenfalls mit Schwellenunterhalt beladen, für 1400 Fr. geschätzt und von 95 Fr. Ertrag.

Alle diese Grundstücke zeigen keine besondern Hindernisse wider ihre Veräußerung bey gutem Erlös und mögen also versteigert werden.

Moosbachweidli, 1 Stafel nebst Frühling- und Herbstweid, für 1200 Fr. geschätzt und von 80 Fr. Ertrag.

Speiskorbweid, ebenfalls Vor- und Nachweid, für 825 Fr. geschätzt und 27 Fr. Ertrag.

Lavenbergli, 1 Scheune nebst 15 Rübrenchten, für 1875 Fr. geschätzt und 82 1/2 Fr. Ertrag.

Die 3 letztern Grundstücke sind im Fall der Alprechte und also nicht zu veräußern.

Im Distrikt Sanen.

Das Galgenmätteli, 1 Scheune und 3 Fuch. Wiesen, für 875 Fr. geschätzt und von 42 1/2 Fr. Ertrag: da dieses Grundstück etwas entlegen ist, so mag dessen Versteigerung statt haben.

Auf Tungen und Gelten, 8 Rübrenchten, für 300 Fr. geschätzt und von 14 Fr. Ertrag. Ist als Alprecht beizubehalten.

Auf diesen Bericht hin, glaubt die Commission folgenden Beschluß antragen zu müssen:

Der gesetzgebende Rath — auf den Antrag des Vollz. Rathes vom und nach angehörtem Bericht seiner staatswirthschaftlichen Commission;

In Erwägung, daß zufolge dem Dekret vom 10ten Apr. 1800, für die Zahlung der den öffentl. Beamten der Republik zukommenden rückständigen Besoldungen, in jedem Canton so viel möglich eine verhältnismäßige Anzahl Nationalgüter veräußert werden sollen,

Beschließt:

Im Canton Oberland können folgende Nationalgüter, den Dekreten vom 10. Apr., 13. May und 7. Okt. zufolge versteigert werden.

(Die Forts. folgt.)

David Vogel, Architect, an die Vollziehungs- und Gesetzgebungs-Räthe der helvetischen Republik.

(Beschluß.)

Allein auch diese Vorstellung prallte an den Mitgliedern des St. Gerichts ab, die nun, der Natur des unverständigen Eigensinns gemäß glaubten, daß jetzt die Ehre ihres richterlichen Verstands und Amts, mit der sehsenfesten Beharrlichkeit bey ihrem richterlichen Mistritt verbunden sey — ohne weitere Gründe, und nur auf ihr Recht sich beziehend, schlugen sie das Ansinnen des Vollz. Ausschusses rund ab.

Dies B. Vollz. Räthe u. B. Gesetzg. ist die getreue Darstellung eines Falles, der mich nöthigt, an die obersten Gewalten des Staats um Schutz gegen eine rechts- und gesetzwidrige, und also die Freiheitsrechte des Bürgers verletzende Behandlung der Gerichte zu recurriren, und Ihnen eine Thatsache zu denunciren, wodurch das Cantonsgericht und die Verwaltungskammer in Luzern theils die Pflichten des Anstands und der Humanität, die jede öffentliche Behörde zu beweisen und zu ehren schuldig ist, aus den Augen gesetzt, theils den Pflichten und Ordnungen, die den Gerichtsstellen vorgeschrieben sind, zuwidergehandelt, und überdies auch die Rechte und Sicherheit des Bürgers verletzt haben, welche sie jedem helvetischen Bürger zu handhaben und zu ehren schuldig sind.

Aus diesen Gründen darf ich allerdings hoffen, daß die obersten Gewalten diesem Vorfall Ihre Aufmerksamkeit gönnen, und daß die Gesetzgebung die benliegenden Akten und Beweise durch Ihre Civilgesetzgebungs-Commission untersuchen, und sich einen Rapport darüber erstatten lassen werde, aus welchem erhellen wird:

- 1) Daß den Luzernerischen Gerichten in dem vorliegenden Fall weder ein Criminal-, noch ein Polizenvergehen, weder zum Vorschein gekommen, noch bewiesen worden sey, und daß daher auch keine Strafsentenz statt haben könne, folglich das dießfallige Urtheil des Cantonsgericht ungereimt, widergerichtlich, also nichtig und ungültig sey.
- 2) Daß die von der Verwaltungs-

Kammer gegen mich eingebrachte Rechtsklage ganz ungegründet, wissentlich entstellt, übertrieben, und also verläumderisch und eine Folge des beleidigten rohen Stolzes war. 3) Daß sich die Luzernerischen Gerichte in der Behandlung und Beurtheilung des Falls, zu einem elenden Werkzeuge der Rache des Klägers gemacht und deswegen sowohl bey der Untersuchung als bey der Entscheidung, die Formen und Vorschriften der rechtlichen Ordnung, theils aus Unwissenheit, theils muthwillig verletzt und überschritten haben. 4) Daß daher die Decision dieser Gerichte keineswegs eine rechts- und gesetzförmige Gerichtshandlung, sondern ein gesetzwidriger Anflug und Mißtritt eines Tribunals, unter der Form eines Urtheils sey; ein Richter-Aktus also, den die Gerichte keineswegs in Schutz nehmen, und dessen Vollziehung die Staatsgewalten, denen die Sorge für die Erhaltung der gesetzlichen Ordnung und der Sicherheit und Rechte der Bürger obliegt, nicht nur zu behindern, sondern vielleicht zu ahnden verpflichtet sind, indem (ich berufe mich dießfalls auf die eigene Empfindung und Erfahrung der aufgeklärtesten Mitglieder der Gesetzgebung selbst) der Irrthum und die Nachlässigkeit der Gerichte, und noch vielmehr ihre Leidenschaftlichkeit und Partheylichkeit eine Schande für den Staat, und überdas ein Vergehen sind, welches das Glück und die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft noch weit mehr stört, als manche Verbrechen, die das Criminalgesetz mit sehr harten Strafen belegt.

Die Meynung und Behauptung, daß die Dazwischenkunft der obersten Gewalten bey gerichtlichen Urtheilen auch dann konstitutionswidrig sey, wenn diese den Vorschriften des Rechts und der gesetzlichen Ordnung, d. i., dem ersten Grundsatz und Bedingniß der Freyheit entgegen sind, ist selbst ein vernunft- und verfassungswidriger Irrthum, den der Unverstand der vormaligen Gesetzgebung etabliert und unterstützt hat, um dadurch ihren barbarischen Lieblingsplan den Despotismus, und die Herrschaft der Dorfaristokratie und ihre Unwissenheit zu begünstigen und fest zu gründen.

Der Verfassungsgrundsatz von der Trennung der gesetzgeb., vollzieh. und richterlichen Gewalt hat keineswegs, wie die Unwissenheit wähnt, die Absicht, dreyerley Despotien oder willkürliche Gewalten für die öffentlichen Geschäfte im Staat zu gründen, sondern einzig die Mißbräuche und Gefahren zu verhüten, welche, wie die Geschichte beweist, aus den Irrthümern dieser Gewalten bey ihrer Vereinigung in einer Hand, entstehen müssen, wogegen durch die Trennung derselben,

diese Gefahr nicht nur vermieden, sondern überdas noch jede derselben, durch die ihr vorgeschriebenen Rechte und Pflichten, zum Wächter der Constitution und der Freyheit, und zum Aufseher über die übrigen wird, und diese zu beschränken und zu behindern berechtigt und verpflichtet ist, wenn eine derselben die Vorschriften und Schranken ihrer Befugnisse zu überschreiten wagt. Besonders aber liegt diese Pflicht der Vollziehung ob, welcher die Constitution daher auch das Recht erteilt hat, selbst die vom Volk gewählten Cantonsbehörden und Gerichte einzuweisen zu entsetzen und zu besetzen, wenn diese ihre Pflichten und die Schranken ihrer Befugnisse missennt oder verletzt, und dadurch ihre Unfähigkeit und Unwürdigkeit zu den Stellen, welche ihnen das unerleuchtete Vertrauen des Volks austrug, bewiesen haben 1).

B. Vollz. und gesetzg. Räthe! Ich habe Ihnen in gegenwärtiger Petition einen Fall vorgelegt, bey welchem die gesetzliche Ordnung und die dießfälligen Rechte der helvetischen Bürger, deren Erhaltung und Achtung doch offenbar für das gemeine Beste wenigstens ebenso wesentlich und eben so wichtig ist, als die Behauptung und Anmassung des Luzernerischen Cantonsgerichts, daß sein widergesetzliches Urtheil vollzogen werden muß, verletzt worden sind. — Ich erwarte nun dießfalls ruhig Ihre Untersuchung und Entscheidung — und hoffe biß dahin, durch die dießfalls nöthigen Befehle der Vollziehung, gegen die züringlichen Gewaltthatigkeiten dieses Gerichts, sicher gestellt zu werden.

Beylagen.

Nachstehende Beylagen sind nothwendig und hinlänglich, das helvetische Publikum mit dem Geist und Ursprung dieses Rechts Handels, der Luzernerischen Verwaltungskammer und Gerichte für einmal und bis zum Abdruck der Prozeßakten, bekannt zu machen.

N. I.

Die Verw. Kammer des C. Luzern an den B. Vogel, Nationalarchitekt.

Luzern den 15. Hornung 1790.

Bürger. Ein Mann, an dessen Zuverlässigkeit nicht darff gezweifelt werden, sagt uns, Ihr habet Euch

1] Ob dieß nun wohl auch der Fall der Gerichtsstellen in Luzern seyn möchte, wird nun das Publikum aus dem ihm hier vorgelegten Fall und Akten beurtheilen.

geäußert, daß Luzern 30,000 fl. aus dem ehemaligen obrigkeitlichen Schatz hinterhalten habe; diese Aeußerung thatet Ihr gewiß aus patriotischem Eifer.

Da wir uns aber eines nicht unreinen Patriotismus bewußt sind und bey dieser Aussage unsre Ehre compromittirt ist, indem bemeldte Casse niemand anderm als uns anvertraut worden, so fodern wir Euch auf, uns ohne Verzug anzuzeigen, wer Euch Anlaß zu einer solchen Behauptung gegeben habe, damit wir einen solchen ehrlosen Menschen zur gebührenden Verantwortung ziehen können.

Republ. Gruß.

Präsident Lorenz Mayr.

J. L. Amryhn, erster Schreiber.

N. 2.

Antwort des B. Vogel unterm gleichen Tage.

BB. Administratoren! Die Aeußerung, über welche Sie eine Erklärung von mir verlangen, ist Ihnen weder ganz richtig noch vollständig hinterbracht worden. Ich habe nicht gesagt, daß die hiesige Verwaltungskammer fl. 30,000 aus dem ehemaligen obrigkeitlichen Schatz hinterhalten habe, sondern „daß aus diesem Schatz mehr als fl. 30,000 in ihren Händen zurückgeblieben seyen, ohne daß dem Staat bisher angezeigt worden wäre, ob dieses Geld zu Staats-, oder Communalabgaben oder wozu sonst verwendet worden sey, und daß daher allerdings die Vermuthung entstehe, dieselben möchten (nicht entwendet) wohl aber zu einem Gebrauche verwendet worden seyn, der dem Staat und seine Interessen nichts angeht.“

Die Sache selbst weiß ich von einem unser Minister, der von dem Ausstand der dießfälligen Rechnungen ohne Zweifel sehr gut unterrichtet ist, und sich auch kein Bedenken machen wird, zu seiner dießfälligen Aussage, so wie ich zu der meinigen, zu stehen.

Wenn daher, BB. Administratoren, Ihre Delicatesse nähere Auskunft hierüber erfordern sollte, so werde ich, sobald Sie mir darüber einen Wink geben, nicht anstehen, Ihnen den Namen des Ministers zu nennen. Meine eigene Delicatesse erfordert, ihm indessen von Ihrem Brief Nachricht zu geben. Rep. Gruß.

Baumeister David Vogel.

N. 3.

Klage der Verwaltungskammer bey dem Distriktsgericht.

Den 20. März 1799.

Die Verwaltungskammer des C. Luzern, zeigt dem

Distriktsgericht von dem Bezirk Luzern an, daß sich B. Baumeister David Vogel unterstanden habe, sich des unverschämten und niederträchtigen Ausdrucks zu bedienen, daß die Verw. Kammer des Cantons Luzern aus dem ihr anvertrauten ehemaligen obrigkeitlichen Schatz fl. 30,000 gestohlen habe. Wir laden Euch daher ein, uns hinlängliche Genugthuung zu verschaffen und den B. Vogel zur gehörigen Straffe zu ziehen.

Der Präsident der Verw. Kammer,

Lorenz Mayr.

Im Namen dieser Kammer,

Amryhn, Chef de Bureau.

N. 4.

Zeugniß des Finanzminister Bürger Finslers.

Auf Ansuchen des Bürger Baumeisters Vogel, erkläre ich, zu Händen der betreffenden Gerichtsstellen, daß ich in einem Gespräch über das Gemeindesvermögen der Stadt Luzern, und über die Ansprachen derselben auf die im Wasserthorn gelegenen Gelder, in Gegenwart des B. Vogels, über den Betrag und die Verwendung dieser Gelder befragt worden, und auch geäußert habe, daß der beträchtlichste Theil derselben in das Nationalschazamt nach Aarau abgeliefert, und zu den allgemeinen Staatsbedürfnissen verwendet worden, und daß ein anderer Theil, der sich auf circa 30,000 fl. belaufen möge, in den Händen der Verwaltungskammer zurückgeblieben sey, von deren Anwendung nun noch nichts bekannt sey, weil diese Kammer noch keine Rechnung abgelegt habe.

Luzern, den 14. März 1799.

Der Finanzminister,
Finsler.

NB. Dieses handschriftliche Zeugniß des Finanzministers, wodurch B. Vogel beweist, daß seine Behauptung, daß die Verwaltungskammer in Luzern diesen Fond der Republik, bey einem Jahre, ohne selbst dem Finanzdepartement einige Anzeige von dessen Gebrauch oder Verwendung zu geben, in Händen behalten, und also wenigstens unfein und unanständig gehandelt habe — eine Thatfache und keine Verläumdung sey — wurde von den Luzernerischen Gerichten nach dem Urtheilrecess um deswillen für ungültig und unzulässig erklärt, weil diese Zeugnisse des helvetischen Finanzministers nicht vidimirt sey.